

# Wegegestattungsvertrag

zwischen

der Ortsgemeinde Vendersheim,  
vertreten durch die Ortsbürgermeisterin Elfriede Schmitt-Sieben,  
Hauptstraße 41, 55578 Vendersheim

- nachfolgend „Gemeinde“ genannt -

mit

der Verbandsgemeinde Wörrstadt,  
vertreten durch den Bürgermeister Markus Conrad,  
Zum Römergrund 2-6, 55286 Wörrstadt

- nachfolgend „Gestattungsnehmer“ genannt -

- alle Beteiligten werden nachfolgend „Parteien“ genannt -

## § 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Benutzung der folgenden Grundstücke der Gemeinde

Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundbuchblatt
Vendersheim	1	433	1161
Vendersheim	3	439, Teilfläche	1163

als Zuwegung zum Grundstück des Gestattungsnehmers, Gemarkung Vendersheim Flur 3 Nr. 262, Im Klauer, 55578 Vendersheim (siehe Anlage 1).

Auf diesem Grundstück wird die künftige Feuerwehrwache errichtet (Anlage 2).

Die Nutzung anderer oder zusätzlicher Wege bedarf der vorherigen Zustimmung der Gemeinde.

- (2) Zu diesem Zweck sind der Gestattungsnehmer, seine Gäste und Besucher und die von ihm beauftragten Personen und Firmen berechtigt, die hierfür erforderlichen und im Gemeindeeigentum stehenden Wege zu benutzen.
- (3) Zur Beweisführung der Wegemitbenutzung ist eine gemeinsame Begehung der betroffenen Fläche durch Vertreter der Verbandsgemeinde Wörrstadt, der Gemeinde und des Gestattungsnehmers durchzuführen. Der Wegezustand ist in einem gemeinsamen rechtsverbindlichen zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten.

## § 2 Außerordentliche Wegemitbenutzung

- (1) Die Bestimmungen nach den Absätzen 2 bis 5 gelten für Wegemitbenutzungen, die über die Wegebelastbarkeit hinausgehen und/oder besondere Schäden an dem Weg erwarten lassen.
- (2) Zur Beweisführung über die Wegeschäden ist vor der außerordentlichen Wegemitbenutzung eine gemeinsame Begehung des betroffenen Weges durch Vertreter der Verbandsgemeinde Wörrstadt, der Gemeinde und den Wegenutzern durchzuführen. Der Wegezustand ist in einem gemeinsamen rechtsverbindlichen zu unterzeichnenden Protokoll festzuhalten.

- (3) Unmittelbar nach Beendigung der außerordentlichen Wegemitbenutzung hat eine gemeinsame Abnahme des mitbenutzten Weges durch die Gemeinde und den Wegenutzern zu erfolgen. In einem Wegezustandsprotokoll nach Absatz 2 sind alle von dem Erstprotokoll abweichenden Wegezustandsbilder festzuhalten. Erstrecken sich die außerordentlichen Wegemitbenutzungen über einen langen Zeitraum, so ist der jeweilige Wegezustand in Abständen von jeweils 2 Monaten nach dem Erstprotokoll durch eine gemeinsame Zwischenabnahme des mitbenutzten Weges in einem Wegezustandsprotokoll nach Absatz 2 festzuhalten.
- (4) Der Gestattungsnehmer verpflichtet sich, die durch die außerordentliche Wegemitbenutzung entstandenen Wegschäden innerhalb einer Frist von 6 Wochen nach der Schadensfeststellung in dem Zwischen- oder Endabnahmeprotokoll zu beseitigen. Kommt der Gestattungsnehmer der Schadensbeseitigung nicht fristgerecht nach, ist er verpflichtet, der Gemeinde die ihr für die Beseitigung der Schäden entstehenden Kosten zu erstatten.
- (5) Beruft sich der Gestattungsnehmer im Hinblick auf ihre Schadensbeseitigungspflicht oder Kostenerstattungspflicht nach Absatz 4 darauf, dass die Schäden durch Dritte verursacht worden seien, so fällt den Wegenutzern hierfür die volle Beweislast zu.

### **§ 3 Benutzungsregelung**

Der Gestattungsnehmer und die zur Wegemitbenutzung berechtigten Besucher sind verpflichtet, die Wegemitbenutzung so durchzuführen, dass die berechnigte Wegemitbenutzung durch Dritte nicht mehr als nötig beeinträchtigt wird.

### **§ 4 Vertragsdauer**

Der Gestattungsvertrag beginnt mit Unterzeichnung des Vertrages durch alle Vertragsparteien und läuft auf unbestimmte Zeit.

### **§ 5 Haftung und Schadenersatz**

- (1) Schäden, die der Gemeinde durch die Benutzung an diesem Weg oder an sonstigem Gemeindevermögen sowie Dritten entstehen, sind von dem Gestattungsnehmer zu beseitigen bzw. zu ersetzen.
- (2) Die Haftung der Gemeinde für Schäden, die dem Gestattungsnehmer oder den aufgrund dieses Vertrages zur Wegemitbenutzung Berechnigten durch die Wegemitbenutzung entstehen, ist - außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit – ausgeschlossen.

### **§ 6 Kündigung**

- (1) Die Gemeinde kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn:
  - a) eine oder mehrere Vertragsbestimmungen verletzt werden und eine schriftliche Aufforderung der Gemeinde zum vertragsgerechten Verhalten seitens des Gestattungsnehmers unbeachtet bleibt
  - b) gesetzliche Vorschriften einer Fortsetzung des Vertragsverhältnisses entgegenstehen würden.

## **§ 7 Weitere Regelungen**

Zusätzlich zu den oben vereinbarten Regelungen vereinbaren die Parteien das Folgende:

- (1) Das Recht der Eigentümer sowie die Rechte anderer Nutzer nach der Satzung der Ortsgemeinde Vendersheim über die Benutzung der Feld- und Waldwege der Gemarkung Vendersheim bleiben unberührt.
- (2) Das Abstellen von Fahrzeugen und sonstigen Gegenständen auf den Gemeindegrundstücken Gemarkung Flur 3 Nr. 439 und Flur 1 Nr. 433 ist verboten.
- (3) Der Gestattungsnehmer hat keinen Anspruch auf die Herstellung des Zustandes der Wirtschaftswege als öffentliche Straße. Etwaige Verschmutzungen sind daher hinzunehmen.

## **§ 8 Übertragbarkeit und Rechtsnachfolge**

- (1) Beide Parteien haben das Recht, ihre Ansprüche aus dieser Vereinbarung abzutreten sowie ihre Rechte und Pflichten auf Dritte zu übertragen. Die Übertragung bzw. Abtretung ist dem jeweils anderen Vertragspartner schriftlich anzuzeigen.
- (2) Im Falle einer Eigentumsübertragung ist folgender Passus aufzunehmen und entsprechend der Käuferanzahl und des Geschlechtes anzupassen:

*„Den Käufern ist der am \_\_\_\_\_ mit der Ortsgemeinde Vendersheim geschlossene Wegegestattungsvertrag vollinhaltlich bekannt. Die Käufer treten in alle Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag dem jeweiligen Berechtigten gegenüber ergeben, unwiderruflich ein. Sie übernehmen die Verpflichtungen als eigene Verpflichtungen. Die Käufer verpflichten sich darüber hinaus, bei einem etwaigen Weiterverkauf ihrerseits, ihrem zukünftigen Käufer die gleichen Verpflichtungen aufzuerlegen.“*

## **§ 9 Sonstige Bestimmungen**

- (1) Die gemeindeeigenen Fahrwege, Gemarkung Vendersheim, Flur 3 Nr. 439 und Flur 1 Nr. 433, sind keine öffentlichen Straßen im Sinne des Landesstraßengesetzes Rheinland-Pfalz.
- (2) Die Wegenutzer haben keinen Anspruch auf Ausbau der Fahrwege als öffentliche Straßen.
- (3) Die Verkehrssicherungspflicht für die Gemeindegrundstücke geht für die zu nutzenden Flächen auf den Gestattungsnehmer über.
- (4) Die Räum- und Streupflicht ist von den Benutzern der Gemeindegrundstücke zu organisieren. Die Haftung im Rahmen der Räum- und Streupflicht geht für den Gestattungsgegenstand auf den Gestattungsnehmer über. Wird durch Schneefälle die Benutzung des Gestattungsgegenstandes erschwert, so ist der Schnee unverzüglich von dem Gestattungsnehmer wegzuräumen. Gefrorener oder festgetretener Schnee ist durch Loshacken zu beseitigen.  
Die vom Schnee geräumten Flächen vor den Grundstücken müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass eine durchgehende benutzbare Gehfläche gewährleistet ist. Der später Räumende muss sich insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken bzw. Überwegrichtung vom gegenüberliegenden Grundstück anpassen.

**§ 10**  
**Abschlussbestimmungen**

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung des Schriftformerfordernisses.
- (2) Auf den Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
- (3) Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis ist der Ort der Grundstücke.
- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahekommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
- (5) Beide Parteien verpflichten sich hiermit, zu jeder Zeit alles zu unternehmen, um die Wirksamkeit dieses Vertrages sowie dessen Laufzeit bis zum vereinbarten Laufzeitende nicht zu gefährden. Die Parteien verpflichten sich insbesondere, etwaige Erfordernisse hinsichtlich der Einheitlichkeit der Vertragsurkunde zu jeder Zeit einzuhalten. Aus diesem Grunde wird dieser Vertrag so geheftet bzw. gebunden, dass er ohne Beschädigung nicht gelöst werden kann. Beide Parteien verpflichten sich zudem, auf Verlangen der jeweils anderen Vertragsseite unverzüglich alle Handlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben, die erforderlich sind, um etwaigen gesetzlichen Schriftformerfordernissen Genüge zu tun, die beiden Parteien die langfristige Vertragsbindung sichern. Darüber hinaus verpflichten sich beide Parteien, eine vorzeitige Kündigung des Vertrages unter Berufung auf eine etwaige Nichteinhaltung von Schriftformerfordernissen nicht vorzunehmen. Diese Regelungen gelten für den Abschluss des Ursprungsvertrages ebenso wie für sämtliche Änderungen, Ergänzungen, Nachträge und sonstigen späteren Vereinbarungen.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ortsbürgermeisterin  
Elfriede Schmitt-Sieben

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister  
Markus Conrad